

KONTROLLBLATT

Kandidatennummer: D-25-000-0

Fach: Unfallversicherung

Falldossier 1

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Zweig

Unfallversicherung

Falldossier

Nr. 1

Unfall auf Fussgängerstreifen

Prüfungsdauer

90 Minuten

Anzahl Seiten der Prüfung

14 Seiten

Beilage(n)

25 Seiten

- Beilage 1: Unfallmeldung vom 11.12.2023 (1 Seite)
- Beilage 2: Polizeirapport vom 29.01.2024 (10 Seiten)
- Beilage 3: Lohnabrechnung Oktober 2023 (1 Seite)
- Beilage 4: IK-Auszug vom 27.04.2024 (2 Seiten)
- Beilage 5: Austrittsbericht vom 14.11.2023 (1 Seite)
- Beilage 6: Austrittsbericht vom 07.12.2023 (3 Seiten)
- Beilage 7: Ärztliches Zeugnis vom 13.11.2023 (1 Seite)
- Beilage 8: Leistungszusage vom 08.03.2024 (1 Seite)
- Beilage 9: Zeugnis vom 03.05.2024 (1 Seite)
- Beilage 10: Operationsbericht v. 14./22.08.2024 (1 Seite)
- Beilage 11: Zeugnis vom 02.09.2024 (1 Seite)
- Beilage 12: Zeugnis vom 07.11.2024 (1 Seite)
- Beilage 13: Schreiben Rechtsanwalt vom 15.11.2024 (1 Seite)

Maximale Punkte

90

Erzielte Punkte

Lösungsvorschlag

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Die Experten/innen**Datum****Unterschriften**

Experte/in 1

Expert/in 2

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Falldossier

Einführung in den Fall

Herr L. C. wurde am 30.10.2023 beim Überqueren eines Fussgängerstreifens von einem Motorrad erfasst. Zum Zeitpunkt seines Unfalles war er zur Probe als Hilfskoch tätig.

Beilagen

- Beilage 1: Unfallmeldung vom 11.12.2023
- Beilage 2: Polizeirapport vom 29.01.2024
- Beilage 3 : Lohnabrechnung Oktober 2023
- Beilage 4 : IK-Auszug vom 27.04.2024
- Beilage 5: Austrittsbericht vom 14.11.2023, Spital
- Beilage 6: Austrittsbericht vom 07.12.2023, Rehaklinik
- Beilage 7: Ärztliches Zeugnis vom 13.11.2023
- Beilage 8: Leistungszusage vom 08.03.2024
- Beilage 9: Arbeitsunfähigkeitszeugnis vom 03.05.2024
- Beilage 10: Operationsbericht vom 14./22.08.2024
- Beilage 11: Arbeitsunfähigkeitszeugnis vom 02.09.2024
- Beilage 12: Arbeitsunfähigkeitszeugnis vom 07.11.2024
- Beilage 13: Schreiben Rechtsanwalt vom 15.11.2024

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgaben

Lesen Sie zunächst alle Aufgaben und die untenstehenden «Erwartungen» und «Beurteilung» durch, damit Sie wissen, in welcher Phase welche Antworten erwartet werden und wie viel Zeit Sie dafür einsetzen wollen und können.

Aufgabe 1: Ganzheitliche Analyse (15 Punkte)

Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar.

Aufgabe 2: Zentrale Fragestellungen und Herausforderungen (15 Punkte)

Beschreiben Sie die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen, die sich aus Ihrer Sicht und vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Unterlagen ergeben.

Aufgabe 3: Schlussfolgerungen (15 Punkte)

Ziehen Sie erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen.

Aufgabe 4: Festsetzung des versicherten Verdienstes und Taggeldabrechnung (15 Punkte)

Nehmen Sie zum Schreiben des Rechtsanwalts vom 15.11.2024 Stellung, legen Sie den versicherten Verdienst fest, wobei Sie ausführlich und nachvollziehbar die Gründe für Ihre Berechnung erläutern, und nehmen Sie die Taggeldabrechnung bis einstweilen zum 31.12.2023 vor.

Aufgabe 5: Beschaffung von Informationen (15 Punkte)

Beschaffen Sie alle noch ausstehenden und für die weitere Bearbeitung – bis zum Fallabschluss – erforderlichen Informationen. Beschreiben Sie, woher Sie welche Informationen gewinnen, was bei der Einforderung allenfalls zu beachten ist und weshalb Sie die entsprechenden Informationen benötigen.

Aufgabe 6: Kommunikation (15 Punkte)

Zeigen Sie auf, wie Sie planen Ihre Entscheide, Feststellungen und/oder Anliegen zu kommunizieren. Wer sollte wann und in welcher Form informiert werden?

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgaben (Fortsetzung)

Erwartungen

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar. Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen hinreichend begründen.

Für die Bearbeitung des Falldossiers stehen Ihnen 90 Minuten zur Verfügung.

Hinweis

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgenden Leitfragen bewertet:

- Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und stellt er/sie die Ergebnisse nachvollziehbar dar?
- Beschreibt der/die Kandidat/in die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen?
- Zieht der/die Kandidat/in angemessene erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen?
- Begründet der/die Kandidat/in seinen/ihren Entscheid ausführlich und fachlich nachvollziehbar und sind seine/ihre Berechnungen korrekt?
- Beschafft der/die Kandidat/in alle erforderlichen Informationen und fasst er/sie diese nachvollziehbar zusammen?
- Kommuniziert der/die Kandidat/in den Entscheid korrekt und für die Zielgruppe angemessen?

Punkte

max. 90

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 1: Ganzheitliche Analyse (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar.

Lösungsvorschlag

Unfallmeldung vom 11.12.2023

Am 30.10.2023 beim Überqueren eines Fussgängerstreifens von Motorrad erfasst worden → Gegenstand der Versicherung (Art. 6 UVG) an sich klar (Art. 4 ATSG). → Regresstatbestand
→ Anstellung vom 21.10.2023 – 01.11.2023 / Arbeitsverhältnis offenbar gekündigt / vertraglicher Beschäftigungsgrad von 100 % vs. Arbeitszeit von 16 Stunden (unregelmässig) je Woche → Stundenlohnbezüger
→ Zuletzt am 28.10.2023 (vor dem Unfall) im Betrieb gearbeitet / weiterer Arbeitgeber offen
→ Sofortige Arbeitsunfähigkeit → Verletzungen lassen auf längere Dauer der Arbeitsunfähigkeit in der (grundsätzlich) stehend auszuübenden Tätigkeit als Hilfskoch schliessen.

Lohnabrechnung Oktober 2023

Der erste Arbeitstag war offenbar der 20.10.2023, der letzte – vor dem Unfall – der 27.10.2023 (Abweichung zur Unfallmeldung) / Arbeit auf Abruf / Total 19 Stunden in der Zeit vom 20.10.2023 bis 27.10.2023. Stundenlohn CHF 20.60 zzgl. Ferien- und Feiertagsentschädigung sowie Anteil 13. Monatslohn

Austrittsbericht vom 14.11.2023

Stationäre Behandlung vom 30.10.2023 bis 14.11.2023 / Becken-, Knie- (re.) und Handgelenks- (bds.) Verletzungen.

Austrittsbericht vom 07.12.2023 (Reha)

Stationärer Rehabilitationsaufenthalt vom 14.11.2023 bis 07.12.2023. Prinzipiell komplikationsloser Aufenthalt. Positiv auf Covid 19 getestet und isoliert bei mildem Krankheitsverlauf mit lediglich symptomatischen Behandlungsmassnahmen.

Polizeirapport vom 29.01.2024

Kollision zwischen Motorrad und Fussgänger auf dem Fussgängerstreifen / Regresstatbestand gegenüber Motorfahrzeughaftpflichtversicherung.

Leistungszusage vom 08.03.2024

Taggeldfestsetzung: CHF 40.15 (bei voller Arbeitsunfähigkeit). Versicherter Verdienst wird nicht aufgezeigt. Ergänzend besteht eine UVG-Zusatzversicherung mit 80 % Taggeld für den 1. und 2. Tag.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 1: Ganzheitliche Analyse (Fortsetzung)

Operationsbericht vom 14./22.08.2024

Operative Entfernung des (offenbar) störenden Materials mit stationärem Aufenthalt vom 14.08. bis 15.08.2024. Sofortige Mobilisation nach Massgabe der Beschwerden.

Schreiben Rechtsanwalt vom 15.11.2024

Ist mit der Höhe des Taggeldes (Leistungszusage vom 08.03.2024) nicht einverstanden. Erachtet – mit Verweis auf den IK-Auszug – einen versicherten Verdienst von CHF 39'792.00 und somit ein Taggeld von CHF 87.20 für korrekt.

Ärztliches Zeugnis vom 13.11.2023 / Arbeitsunfähigkeitszeugnisse vom 03.05.2024, 02.09.2024 und 07.11.2024

Grundsätzlich lückenhaft / ab Unfalltag 100 %-ige Arbeitsunfähigkeit bis auf weiteres / ab 21.09.2024 (versuchsweise) Leistungsfähigkeit von 2h/Tag in «behinderungsangepasster Tätigkeit» / ab 11.11.2024 50 %-ige Arbeits(un)fähigkeit mit Hinweis auf das Erfordernis eines Gutachtens.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 2: Zentrale Fragestellungen (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Beschreiben Sie die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen, die aus Ihrer Sicht in dieser Situation bestehen.

Lösungsvorschlag

Der Verunfallte ist UVG-versicherter Arbeitnehmer. Es liegt ein Nichtberufsunfall vor.

Vgl. Unfallmeldung vs. Lohnabrechnung: Ist die NBU-Deckung (Art. 13 Abs. 1 UVV, Art. 8 Abs. 2 UVG) gegeben?

Arbeit auf Abruf/unregelmässige Arbeitszeit (vgl. Lohnabrechnung): Weiterer Arbeitgeber? Zuständigkeit der Versicherer (Art. 77 Abs. 2 UVG i.V.m. Art. 99 Abs. 2 UVV)?

Liegt ein Kürzungstatbestand vor (Verkehrsunfall, Unfall auf Fussgängerstreifen)?

Liegt ein Regresstatbestand vor (Art. 72 ATSG)? Regress UVG-Zusatzversicherung? Haftungsgrundlage? Uneingeschränkte Haftung? Abkommensregress/Rechtslageregress?

Covid 19: Liegt ein Anwendungsfall von Art. 128 Abs. 1 UVV vor?

Ist die Berechnung des versicherten Verdienstes – und damit die Berechnung des Taggeldes – durch den UVG-Versicherer korrekt? Was ist von der Argumentation des hier involvierten Rechtsanwalts zu halten?

Arbeitsunfähigkeit: Die Arbeitsunfähigkeitsbestätigungen sind grundsätzlich lückenhaft. Wie verhält es sich ab dem 21.09.2024 (Leistungsfähigkeit von – versuchsweise – 2 h/Tag in «behinderungsangepasster Tätigkeit»)? Welche leidensadaptierten Tätigkeiten bieten sich dem Versicherten an? Ausbildung? Werdegang? Fähigkeiten? Welche Auswirkungen hat die Arbeitsfähigkeit ab dem 11.11.2024?

Ist eine medizinische Beurteilung/ein Gutachten erforderlich (vgl. Arbeitsunfähigkeitszeugnis vom 07.11.2024)?

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 3: Schlussfolgerungen (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Ziehen Sie erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen.

Lösungsvorschlag

Gemäss Lohnabrechnung Oktober 2023 erfüllt der Versicherte das für die Deckung der Nichtberufsunfälle erforderliche Mindestmass von 8h/Woche bei einem Arbeitgeber. Der Versicherte hat während der Dauer seiner Anstellung ab 20.10.2023 bis zum 29.10.2023, d.h. während 10 Kalendertagen, insgesamt 19 Arbeitsstunden und damit im Durchschnitt 13.3 Stunden/Woche geleistet.

Gem. IK-Auszug und entsprechend den Angaben des Rechtsvertreters im Schreiben vom 15.11.2024 liegt offenbar kein weiteres Arbeitsverhältnis vor – die Frage der Zuständigkeit der Versicherer stellt sich von daher nicht.

Ein Kürzungstatbestand, den der Versicherte zu vertreten hätte, liegt nicht vor/ist nicht ersichtlich. Entsprechend den polizeilichen Ermittlungen hat der Versicherte im Schrittempo – als Vortrittsberechtigter – den Fussgängerstreifen überquert, wobei ihn der Motorradfahrer übersehen und angefahren hat.

Der Halter des Motorrades haftet für diesen Unfall (Art. 58 Abs. 1 SVG). Ein Haftungsreduktionsgrund liegt nicht vor, d.h. es besteht eine vollumfängliche Haftung. UVG-Regressgrundlage Art. 72 ATSG. Ob gemäss Rechtslage oder UVG-Regressabkommen zu regressieren ist, orientiert sich an den UVG-Aufwendungen. Das Abkommen gilt für Schadenfälle, in denen die Versicherungsleistungen des UVG-Versicherers den Betrag von CHF 50'000.00 nicht übersteigen.

Für den Regress des UVG-Zusatzversicherers gilt Art. 95c Abs. 2 VVG (es liegt eine Schadenversicherung vor, womit die Taggeldleistungen für den 1. und 2. Tag nach dem Unfall grundsätzlich regressierbar sind). Rechtslage-Regress (Nettolohn, Pauschalmethode).

Zur UVG-Zusatzversicherung mit Versicherung des Taggeldes (80 %) für den 1. und 2. Tag: Diese deckt die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers gem. Art. 324 b Abs. 1 OR. Eine weitergehende Lohnfortzahlung schuldet der Arbeitgeber gem. OR nicht (eine allenfalls vertragliche Abrede bleibt natürlich vorbehalten).

Der Versicherte erkrankte während der unfallbedingten stationären Behandlung. Gem. Art. 128 UVV erbringt der UVG-Versicherer für die Dauer der stationären Behandlung der Unfallfolgen die Pflegeleistungen, Kostenvergütungen und Taggelder für die gesamte Gesundheitsschädigung. Der Krankenversicherer erbringt subsidiär die Taggelder, soweit keine Überversicherung besteht.

*Durch Covid 19 wurde die Dauer der stationären Behandlung sicher nicht verlängert.
(Unklar ist, ob eine Krankentaggeldversicherung besteht.)*

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 3: Schlussfolgerungen (Fortsetzung)

Der UVG-Versicherer hat bei der Berechnung des versicherten Verdienstes auf die Angaben in der Unfallmeldung abgestellt und so einen versicherten Verdienst von CHF 18'328.95 (CHF 20.14 zzgl. CHF 1.89 [Gratifikation/13.] = CHF 22.03 x 16 x 52) bzw. ein Taggeld von CHF 40.15 (vgl. Leistungszusage vom 08.03.2024) – (korrekt wären – wollte man dieser Berechnung folgen – CHF 40.17) berechnet. Diese Berechnung ist insofern problematisch, weil in der Unfallmeldung (auch) festgehalten wurde, die Arbeitszeit des Versicherten sei unregelmässig. Und gemäss der vorliegenden Lohnabrechnung Oktober 2023 hat der Versicherte während der Dauer seiner Tätigkeit (20.10.2023 bis zum Unfall) insgesamt 19 Stunden gearbeitet. Die Angabe in der Unfallmeldung, wonach die Arbeitszeit des Versicherten 16 Stunden/Woche betragen würde, trifft somit sicher nicht zu.

Eine Arbeitsunfähigkeitsbestätigung für die Zeit vom 17.12.2023 bis und mit 11.01.2024 und vom 17.06.2024 bis und mit 20.09.2024 liegt grundsätzlich nicht vor, und an sich fraglich – jedenfalls was immerhin den prozentualen Umfang der Arbeits(un)fähigkeit betrifft – ist auch die Zeitspanne Ende September 2024 bis zum 10.11.2024 (wobei am 14.08.2024 das störende Material [Metallentfernung] entfernt wurde – Operationsbericht vom 14./22.08.2024). In Anbetracht der erlittenen Verletzungen und vor dem Hintergrund der medizinischen Akten dürfte indes an einer vollumfänglichen Einschränkung der Arbeitsfähigkeit für die bis zum 11.01.2024 fehlende Zeit grundsätzlich nicht zu zweifeln sein.

Die 50 %-ige Arbeitsfähigkeit ab 11.11.2024 wirkt sich dahingehend aus, dass zu diesem Zeitpunkt der (mindestens) halbe Lohn unterschritten wird (50 % von 80 %) und somit der Lauf der 31-tägigen Nachdeckungsfrist beginnt. Mit dem Ende der Nachdeckung am 12.12.2024 ist der Versicherte durch den für diesen Unfall zuständigen UVG-Versicherungsträger nicht mehr versichert (für neue Unfälle). Mit dem Anspruch auf Leistungen zulasten der Arbeitslosenversicherung besteht UVG-Versicherungsschutz bei der Suva.

Betreffend Beurteilung und Festsetzung allfälliger weiterer Leistungsansprüche sind spezialärztliche Abklärungen in der Form einer medizinischen Begutachtung zu veranlassen.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 4: Festsetzung des versicherten Verdienstes und Taggeldabrechnung (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Nehmen Sie zum Schreiben des Rechtsanwalts vom 15.11.2024 Stellung, legen Sie den versicherten Verdienst fest, wobei Sie ausführlich und nachvollziehbar die Gründe für Ihre Berechnung erläutern, und nehmen Sie die Taggeldabrechnung bis einstweilen zum 31.12.2023 vor.

Lösungsvorschlag

Als Grundlage für die Bemessung der Taggelder gilt gemäss Art. 22 Abs. 3 UVV der letzte vor dem Unfall bezogene Lohn, einschliesslich nicht ausbezahlter Lohnbestandteile, auf die ein Rechtsanspruch besteht. Aufgrund des Anstellungscharakters mit unregelmässiger Erwerbstätigkeit ist von einem Sonderfall nach Art. 23 Abs. 3 UVV auszugehen (vgl. Lohnabrechnung Oktober 2023, Küchenhilfe auf Abruf), wonach auf einen angemessenen Durchschnittslohn pro Tag abgestellt wird.

Die unregelmässige Erwerbstätigkeit beurteilt sich nicht aufgrund des beruflichen Werdegangs der versicherten Person vor Antritt des Arbeitsverhältnisses, in welchem diese bis zum Unfallzeitpunkt stand, sondern anhand der Gegebenheiten des den obligatorischen Unfallversicherungsschutz bedingenden Arbeitsverhältnisses. Selbst wenn dieses erst kurz vor dem Unfallereignis angetreten wurde, haben bei der Bemessung des versicherten Verdienstes vorangehende Zeiten ausserhalb des konkreten Arbeitsverhältnisses unberücksichtigt zu bleiben (BGE 139 V 464, Erw. 4.1-4.2).

Für die Berechnung des Durchschnittslohns werden die geleisteten Arbeitsstunden seit Anstellungsbeginn am 20.10.2023 bis zum Unfall auf ein ganzes Kalenderjahr hochgerechnet (20.10.2023 bis 29.10.2023, 10 Kalendertag, Total 19 Arbeitsstunden = 13.3 Arbeitsstunden pro Kalenderwoche).

Berechnung versicherter Verdienst gem. Anhang 2 lit. b UVV: CHF 22.03 x 13.3 Stunden x 52 Wochen = CHF 15'235.95

Taggeldansatz: CHF 15'235.95 : 365 x 80 % = CHF 33.39

Taggeldabrechnung UVG:

*100 % vom 02.11.2023 bis 31.12.2023, 60 Tage à CHF 33.39
./.. Verköstigungsabzug (Spitalabzug) für 36 Tage à CHF 6.67 (*)*

Auszahlungsbetrag

*CHF 2'003.40
CHF 240.12
CHF 1'763.28
CHF 1'764.00*

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

**Aufgabe 4: Festsetzung des versicherten Verdienstes und
Taggeldabrechnung (Fortsetzung)**

() Der Versicherte ist ledig und hat keine Unterstützungspflichten.*

Taggeldabrechnung UVG-Zusatzversicherung:

100 % vom 30.10.2023 bis 01.11.2023, 2 Tage à CHF 33.39

CHF 66.80

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 5: Beschaffung von Informationen (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Beschaffen Sie alle noch ausstehenden und für die weitere Bearbeitung – bis zum Fallabschluss – erforderlichen Informationen. Beschreiben Sie, woher Sie welche Informationen gewinnen, was bei der Einforderung allenfalls zu beachten ist und weshalb Sie die entsprechenden Informationen benötigen.

Lösungsvorschlag

- *Einholung des Unfallscheins bei der versicherten Person (bzw. seines Rechtsvertreters) zwecks Sicherstellung der lückenlosen Dokumentation und Überwachung der Arbeitsunfähigkeit.*
- *Einholung von regelmässigen Verlaufsberichten beim behandelnden Arzt. Diese sind z.B. wichtig im Hinblick auf die Verifizierung der Arbeits(un)fähigkeit und es stellt sich jeweils die Frage, inwieweit und mit welchen weiteren Behandlungsmassnahmen mindestens mit überwiegender Wahrscheinlichkeit noch eine weitere Besserung des Gesundheitszustandes erwartet werden kann.*
- *Vornahme eines Patientenbesuchs (mittels vorangehender Ankündigung gegenüber dem Rechtsanwalt – allenfalls unter Beizug des Haftpflichtversicherers und der Invalidenversicherung) zwecks Abklärung u.a. von Werdegang, besonderen Fähigkeiten, Einschränkungen, fam. Umfeld, IV-Anmeldung etc. und Definition des weiteren Vorgehens*
- *Veranlassung von spezialärztlichen Abklärungen (Begutachtung) – orthopädische Chirurgie / Traumatologie, wobei insbesondere die Beantwortung von Fragen u.a. zu Befund und Diagnosen, Kausalität, weiterer Behandlung/Erreichen des Endzustandes, Arbeitsfähigkeit (sowohl in der bisherigen als auch in anderen, zumutbaren Tätigkeiten), und Integritätsschaden interessiert.*

Vorab ist das rechtliche Gehör (Art. 29 Abs. 2 BV), d.h. es sind die Mitwirkungsrechte im Beweisverfahren zu beachten, wobei dem Versicherten der Name des Sachverständigen bekanntzugeben (vgl. Art. 44 Abs. 2 ATSG) und ihm vorab der Fragenkatalog zu übermitteln ist (Art. 44 Abs. 3 ATSG) – mit der Möglichkeit der (begründeten) Ablehnung bzw. der Unterbreitung von Gegenvorschlägen und der Einreichung von Zusatzfragen in schriftlicher Form durch den Versicherten.

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Kandidatennummer

D-25-000-0

Aufgabe 6: Kommunikation (15 Punkte)

Erzielte Punkte

Zeigen Sie auf, wie Sie planen Ihre Entscheide, Feststellungen und/oder Anliegen zu kommunizieren.
Wer sollte wann, über welchen Inhalt und in welcher Form informiert werden?

Lösungsvorschlag

- *Vornahme bzw. Sicherstellung der Meldung Früherfassung gegenüber der Eidg. Invalidenversicherung (Art. 3b IVG) – die länger dauernde Arbeitsunfähigkeit ist hier bereits früh offensichtlich.*
- *Regressanzeige gegenüber dem Motorfahrzeughaftpflicht-Versicherer nach Erhalt des Polizeirapports – Regressvornahme (inkl. UVG-Zusatzversicherung)*
- *Verfügung (Art. 49 ATSG) an den Versicherten (bzw. seinen Rechtsvertreter) in Bezug auf die Festsetzung des versicherten Verdientes im Nachgang zum Schreiben des Rechtsanwalts vom 15.11.2024.*
- *Aufklärung des Versicherten (bzw. seines Rechtsanwalts) nach Erhalt des Arbeitsunfähigkeitszeugnisses vom 07.11.2024 – mit Bestätigung der 50 %-igen Arbeitsfähigkeit – in Bezug auf den weiteren Versicherungsschutz (Ende der Versicherung) inkl. Empfehlung zur Anmeldung bei der Arbeitslosenversicherung.*
- *Nach Vorlage des Gutachtens: Zustellung des Gutachtens an den Versicherten (bzw. seinen Rechtsvertreter) und – je nach Ergebnis des Gutachtens – Festsetzung der weiteren Leistungspflicht bzw. Leistungseinstellung/Fallabschluss mit Verfügungserlass (und allenfalls vorangehenden rechtlichen Gehör).*